

Beginnt mit der Sozialisierung der Lebensnotwendigkeiten!

Die am 30. März 1919 im Wiener Volkshaus tagende Versammlung des Vereines „Allgemeine Nährpflicht“, bestehend aus allen Schichten des arbeitenden Volkes, fordert die Regierung auf, ohne Rücksicht auf die Rentabilität unverzüglich an die Sozialisierung von Nahrung, Obdach und Kleidung zu scheitern. Zur Erarbeitung von Nahrung, Obdach und Kleidung ist eine Nährarmee zu bilden, in der alle jungen Männer und Frauen eine voraussichtlich fünf- bis halbjährige Dienstzeit abzuleisten haben (vom 17. bis zum 22. Lebensjahre). Hierzu sollen alle Staatsangehörigen durch Zuweisung in natura versorgt werden.

Diese Entschließung wurde von der massenhaft besuchten Versammlung einstimmig angenommen. Die Leser des „Abend“ wissen, daß wir seit dem Bestande unseres Blattes nicht aufgehört haben, die Forderung nach Sozialisierung der Lebensnotwendigkeiten auf das nachdrücklichste zu wiederholen. Josef Popper-Lynkeus nennt diese Forderung „das Minimum“ und seine Nährarmee auch Minimumarmee. Was nach Befriedigung des Minimums, zu dem natürlich auch Bildung, Krankenpflege und ein sogenanntes sekundäres Minimum für kulturelle Zwecke gehört (Vergnügungen, Sport usw.), für eine Luxuswirtschaft noch übrig bleiben würde, weiß niemand. Wir stimmen mit Lynkeus auch darin überein, daß die Sozialisierung oder Nichtsozialisierung einer Luxuswirtschaft zu einer Frage zweiten Ranges herabsinkt, wenn einmal die Magenfrage gelöst und Hunger und Elend dauernd aus der Welt geschafft sind. Wahrscheinlich wird nicht viel übrig bleiben.

Was die Sozialisierung der Kleidung anbelangt, so stimmen wir mit dem Berichterstatter des Vereines Dr. Fritz Wittels vollkommen überein. Die großen Bekleidungsindustrien und Schuhfabriken, deren große Warenhäuser über Stadt und Land verstreut sind, erscheinen selbst nach dem vorzüglichsten Maßstab reiß und übersteht zur Übernahme von seiten der Gesellschaft, Ausschaltung des Unternehmer- und Zwischenhändlerprofits, wodurch eine sehr bedeutende Verbilligung eintreten muß. Dasselbe gilt von den großen Bauunternehmen, Ziegelfabriken, Betonwerken und anderen zugehörigen Betrieben. Wir brauchen nicht so viele Hausherren, wir wollen uns selbst an deren Stelle setzen. Mit der Sozialisierung von Bergbau und Schwerindustrie ist uns nicht geholfen. Neben diesen muß unverzüglich auch Erzeugung und Verteilung des zum Leben Nötigen vom arbeitenden Volke selbst in die Hand genommen werden.

Der größte Teil der Ausführungen des Redners galt der Ernährungfrage. Die Fabriken für landwirtschaftliche Maschinen und Kunstdünger, ebenso das deutsche Kaliummonopol müssen vergesellschaftet werden. Desgleichen die riesigen zur Sozialisierung völlig reifen Konjunkturfabriken und die Mühlen samt den Brotwerken. Es ist auch nicht notwendig, so hoffnungslose Angst vor unseren Bayern zu haben. Unser Bauer, ein Hauptkriegsgewinner und Schleichhändler, liefert uns ohnehin fast nichts zu den vorgeschriebenen Preisen. Wir erhalten heute den größten Teil unserer Nahrung von der Entente. Wenn wir nun Nahrungspolitik treiben wollen, so müssen wir von unserem Anschluß an Deutschland ausgehen. Ohne diesen Anschluß sind wir verurteilt, immer Vorküchler beim Auslande zu bleiben. Im Schoße unseres großen Mutterlandes jedoch besitzen wir genügend Großgrundbesitz und brachliegenden Boden, der durch Verbesserung, Entwässerung oder Bewässerung urbar gemacht und durch wissenschaftlich begründete Arbeit zu einem so hohen Ertrag gebracht werden kann, daß nach Karl Ballod („Der Zukunftsstaat“, 1919 bei Drey in Stuttgart, im „Abend“ bereits besprochen) schon drei Fünftel des tatsächlich bebauten Bodens in Deutschland genügen werden, um jedermann eine vollkommen ausreichende Nahrung zu sichern. Rechnen wir also den rückständigen und widerspenstigen Bauer der österreichischen Alpenländer zu den überflüssigen zwei Fünfteln, überlassen wir ihn seinen Banknoten, bis die Ratten sie freissen. Er

wird dann schon selber kommen und den Staat um Hilfe bitten, weil er infolge von Arbeitermangel und weil der Staat im Besitze der landwirtschaftlichen Behelfe sein wird, mit eigener Kraft die notwendige Zusammenlegung der kleinbäuerlichen Betriebe und ihre zweckdienlichste Bewirtschaftung nicht erreichen kann. Es hat also keine Begründung, in einer Koalition mit den Bauern sich selbst einen Hemmschuh oder gar eine Beugung von Grundsätzen aufzuerlegen. Großgrundbesitz und alles Brachland muß in die Hände der Gemeinschaft. Der Kleinbauer wird dann von selbst zur Vergenossenschaftlichung gelangen. Heute glaubt er, daß er reich ist. Binnen kurzem wird er ein Proletarier sein wie wir.

Wenn wir zur Sozialisierung der Lebensnotwendigkeiten gelangen — und Ballod meint, daß diese Umstellung der Wirtschaft in fünf Jahren vollendet sein kann — ist für eine Generation genug geleistet. Erst dann erhebt sich die Frage, in der Sozialisten und Bürgerliche unetns werden können, nämlich für den Rest (den „Luxus“) der Privatbesitz und der freie Wettbewerb aufrecht bleiben sollen. Das Lebenswerk des greisen Ingenieurs Josef Popper-Lynkeus ist wie eine klar durchdachte und durchgerechnete Eisenbetonbrücke über dem Sumpf der Verzweiflung, der Sorge, des Hungers. Bauen wir erst diese feste Brücke. Festen Fußes auf sicherem Boden werden wir wahren Wert und Unwert, Sittlichkeit oder Unsittlichkeit des Besitzes besser beurteilen können als

heute. Karl Marx lieferte das Dynamit zur Sprengung des verrotteten sozialen Bauwerkes. Hier haben wir es mit einem Baumeister zu tun, der die Baustoffe und den Grundriß des neuen Hauses liefert. Es handelt sich jetzt darum, daß endlich eine sozialistische Tat in wirtschaftlichem Sinne gesetzt, mit der Sozialisierung begonnen werde. Poppers „Allgemeine Nährpflicht“ liegt seit dem Jahre 1912 fertig vor, die sozialdemokratischen Jungelehrten haben es aber für gut befunden, sie als „utopisch“ abseits liegen zu lassen. Große, nützliche Gedanken gehen aber nicht unter. Sie leben fort, auch wenn sie jahrelang unbeachtet bleiben, und erheben endlich zum Siege. Als Popper an der „Nährpflicht“ arbeitete, lag ihm das „Atlanticus“-Buch des Professors Ballod vor und als Ballod heuer seine Sozialisierungspläne in neue Form brachte, konnte er sich bereits auf Popper berufen und stützen. Im Aufrufe des radikalsten Zentralrates Sachsens wurde dann von Arnold, Schuhmacher und Dr. Neurath ein Programm ausgearbeitet, das zum Unterschiede von dem Vorgehen der Berliner Sozialisierungskommission nicht eine langsame Teilsozialisierung, d. h. die Sozialisierung einzelner „reifer“ Wirtschaftszweige, sondern die sofortige Sozialisierung des gesamten Wirtschaftslebens vorsieht. Dieses Programm wurde nicht nur in Sachsen, sondern auch in Bayern angenommen und einer seiner Verfasser, Dr. Otto Neurath, ein Wiener, zum Sozialisierungskommissär für Bayern ernannt. Dr. Neurath hat nun vor einigen Tagen den Dank für seine geistige Schuld in folgender Drahtung an Popper-Lynkeus ausgesprochen:

„Ihr Werk wird Wirklichkeit. Wir machen Vollsozialisierung. Gruß Neurath, Zentralwirtschaftsamt, München.“

Der Kampf hat jetzt darum zu gehen, daß mit der Sozialisierung auch in Deutschösterreich Ernst gemacht, daß sie begonnen wird. Wenn sie unter dem jetzt im Parlament durch die Koalition hergestellten Gleichgewicht durchgeführt werden kann, dann wird die Koalition bestehen bleiben. Wenn nicht, dann wird und muß sie bald in Scherben liegen. Das ist die wichtigste und größte Frage dieser Tage. Alles andere erscheint neben ihr klein und nebensächlich.